

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

11. Wahlperiode

28.11.1991

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992

Einzelplan 03 - Innenminister -
- Drucksachen 11/2450 und 11/2723 -

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. Wahlperiode

Vorlage 11/938

**Ergänzung
zu Vorlage 11/886**

Ergänzung

zum Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Innere Verwaltung

- Vorlage 11/868 -

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 03 wird mit den aus der Anlage sowie dem Bericht - Vorlage 11/868 - ersichtlichen Änderungen angenommen.

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat die in der Sitzung am 21. November 1991 zunächst abgeschlossenen Haushaltsberatungen zu Einzelplan 03 erneut aufgenommen und den aus der Anlage ersichtlichen Antrag beraten.

Die Fraktion der SPD beantragte 1 000 zusätzliche Planstellen der Bes.-Gr. A 9 gD (PK/KK) zur Verstärkung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes in Umsetzung des Gutachtens zur Funktionsbewertung der Schutzpolizei. Mit der Schaffung dieser zusätzlichen Planstellen will sie ein deutliches Zeichen zur Umsetzung des Gutachtens setzen und erreichen, daß bereits im kommenden Haushaltsjahr ein Teil der Polizeibeamten in den gehobenen Dienst überführt werden kann. Die noch zu klärenden Fragen des Stellenkegels sollen hierzu im Unterausschuß "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses geklärt werden. Der Sperrvermerk ist nach Ansicht der antragstellenden Fraktion erforderlich, damit vorab die Aufstiegsmodalitäten geklärt werden können und der Innenminister Gelegenheit erhält zur Erstellung eines Konzepts für die Überführung der Bediensteten aus dem mittleren in den gehobenen Dienst. Dieses Konzept soll auch Aussagen zu Ausbildung und Laufbahnfragen machen. Danach muß nach Ansicht der SPD-Fraktion noch eine Länderabstimmung erfolgen.

Der Sprecher der Fraktion der CDU signalisierte zwar Zustimmung, bemerkte jedoch kritisch, daß auf der Grundlage des Funktionsgutachtens die Polizei mehr hätte erwarten dürfen. Zur Umsetzung würden viele Jahre benötigt, wenn Jahr für Jahr in gleicher Weise verfahren werde. Es sei auch nicht ausreichend, nur an der Schnittstelle zwischen mittlerem und gehobenem Dienst mit der Umsetzung des Gutachtens zu beginnen.

Die Sprecherin der Fraktion der F.D.P. bemängelte, daß ein Gesamtkonzept zur Umsetzung des Gutachtens zur Funktionsbewertung der Schutzpolizei immer noch nicht vorliegt. Schließlich handele es sich hier um eine Kernaufgabe der Landespolitik, wo rasches Handeln geboten erscheint. Sie würde sich bei der Abstimmung aber deshalb enthalten, damit sowohl der SPD-Antrag als auch die Gesamtproblematik in der Fraktion der F.D.P. noch beraten werden könnte. Sie werte den Antrag der SPD-Fraktion als einen Ausdruck der Hilfslosigkeit, ein klares Konzept sei dabei nicht zu erkennen.

In der Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD wurde dieser mit den Stimmen der antragstellenden Fraktion sowie der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktionen der F.D.P. sowie DIE GRÜNEN angenommen.

Der Vorsitzende ließ sodann noch einmal über den Einzelplan 03 unter Einbeziehung aller am 21. und 28. November 1991 beschlossenen Änderungen abstimmen. Dabei wurde der Einzelplan mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

Reinhard
Vorsitzender

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Innere Verwaltung**

zum Einzelplan 03

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD	Kapitel 03 110 Titel 422 10 Erhöhung der Stellenzahl der Planstellen der Bes.-Gr. A 9 gD (PK/KK) um 1 000 Stellen bei gleichzeitiger Ausbringung eines Sperrvermerks: Freigabe mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses	Angenommen mit SPD und CDU bei Enthaltung der F.D.P. und DIE GRÜNEN